

Pulsnitzer Tageblatt

Verlagsredaktion 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Bezirker keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,80 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in *Sp.*: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 *Sp.*, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 *Sp.*; amtlich 1 mm 30 *Sp.* und 24 *Sp.*; Reklame 25 *Sp.*. Tabellarischer Satz 50%, Ausschlag. — Bei zwangswiseiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Lage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Rechnung. — Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großhörsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Oberfeina, Niederfeina, Weißbach, Ober- u. d. Niederlichtenau, Friedersdorf, Ehlendorfer, Mittelbach, Großnaundorf, Bichensberg, Klein-Dittmannsdorf

Verlagsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 102

Sonnabend, den 3. Mai 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Fabrikleiters **Max Seifert in Bretzig** ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögenssachen: **der Schlusstermin auf den 24. Mai 1930, vormittags 11 Uhr** vor dem Amtsgerichte Pulsnitz bestimmt worden.

Amtsgericht Pulsnitz, am 30. April 1930

Liegekuren

Auch in diesem Jahre ist beabsichtigt, im Lausitzischen Grundstücke wieder Liegekuren für Kinder abzuhalten. Meldungen hierüber werden in der Zeit vom 5.—10. Mai 1930, vormittags 1/12—1/1 Uhr im Wohlfahrtsamte entgegengenommen. Später eingehende Meldungen können nicht berücksichtigt werden.

Pulsnitz, am 3. Mai 1930.

Der Rat der Stadt
Wohlfahrts- und Jugendamt

Sonntag, den 11. und Montag, den 12. Mai 1930

Krammarkt in Pulsnitz

Die Fieranten haben sich vorher beim Marktmeister, Polizeikommissar i. R. Reiche, anzumelden.

Montag, den 12. Mai

Biehmarkt in Pulsnitz

Pulsnitz, den 3. Mai 1930.

Der Stadtrat

haben im
Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg

Vertikale und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. Fußball. Alle Freunde und Gönner des Fußballsportes seien nochmals auf das morgen nachmittag 4 Uhr auf dem Sportplatz am Waldschlößchen stattfindende Treffen der Pulsnitzer Sportfreunde gegen die Liga-Reserve des Dresdner Sportvereins Brandenburg hingewiesen. Ein Besuch ist in jeder Weise lohnend. Alles Nähere im Inserat und Sportteil.

Pulsnitz. Der ärztliche Sonntagsdienst wird am Sonntag, den 4. Mai 1930 von Herrn Dr. med. Fuchs versehen.

Pulsnitz. Anfängerunterricht. Die Einheitskurzschrift ist Gegenstand der Prüfungsordnungen aller Reichs- und Staatsbehörden. Sie ist leicht erlernbar. Ein Lehrgang für Anfänger beginnt nächsten Freitag, 1/7 Uhr, in der Schule. Die Lehrmittel führen die hiesigen Buchhandlungen. Anmeldungen sind beim Unterrichtsleiter, Herrn Justizinspektor Sögnel, spätestens aber bei Beginn des Unterrichts, zu bewirken.

Pulsnitz. Konfirmandenanmeldung. Anmeldung der diesjährigen Konfirmanden findet für Pulsnitz M. S. Dienstag, den 6. Mai abends 6—7 Uhr im unteren Zimmer des 3. Pfarrhauses statt. Für Ohorn Sonntag, am 11. Mai 10 Uhr nach dem Predigtgottesdienst im Kirchsaal. Die Kinder sollen nicht allein kommen, sondern vom Vater oder der Mutter begleitet sein. Mitzubringen ist für alle das Taufbuch, für auswärtig geborene die Taufbescheinigung (Familienstammbuch).

Die ersten Schwalben sind in diesen Tagen hier und da festgestellt worden. Also trotz des sehr milden Winters erschienen sie diesmal zu einem verhältnismäßig späten Termin wieder in unserer Heimat, während z. B. im Frühjahr 1928 die ersten Vögel der flinken Segler bereits am 11. April, 1927 am 12., in den Jahren 1926 und 1925 sogar schon am 10. April beobachtet wurden. Es hat nie an Vogelfreunden gefehlt, die die Reisefäden der Schwalbenzüge zu einem Felde liebevollen Studiums erwählt haben. Aber ihre Forschungen haben eine genaue Antwort nach dem Warum noch nicht ergeben und nur gezeigt, daß diese klugen Zugvögel mehr als andere ihre Reisefähigkeiten von meteorologischen Verhältnissen abhängig machen, so daß sich an ihr Wiedererscheinen seit alters her der Glaube an einen bleibenden Lenk fester knüpft.

Aus dem Sächsischen Gesetzblatt. Das Sächsische Gesetzblatt Nr. 11 enthält folgende Bekanntmachungen: Verordnung über die Verzinsung gerichtlich hinterlegter Geldbeträge; Aenderung der Verordnung über die Herstellung und den Vertrieb batterienhaltiger Mittel zur Vertilgung tierischer Schädlinge; Aenderung der Verordnung über die für die amtlichen Vertriebsstellen des staatlichen Pflanzenschutzdienstes geltenden Vorschriften; Verordnung über die Abgrenzung von Gewerbeaufsichtsbezirken.

Wer ist Kleinrentner? Zu dieser Frage hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof neuerdings eine Entscheidung gefällt. Als Kleinrentner sind nach dieser Entscheidung solche Personen im Sinne des § 14 der Reichsgrundgesetz über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vom 4. Dezember 1924 zu verstehen, die vor dem 1. Januar 1920 ein Jahreseinkommen hatten, das ihren

Der Reichsfinanzminister zum Haushalt 1930

Schluß der Osterferien.

Die schönen Osterferien der Herren Reichstagsabgeordneten sind nun auch vorüber. Selbst das schöne Wetter und die ladende Frühlingssonne sind kein Hinderungsgrund, wieder mit der Arbeit zu beginnen. Und so erschienen denn am Freitag vormittag die Reichsboten mit ihren Köfferchen wieder in der Reichshauptstadt, um sich in das hohe Haus zu begeben, in dem man die große Politik macht. Jetzt beginnt eine doppelt schwere Sitzungsperiode. Einmal schwer, weil man ja doch nicht so gerne arbeitet, wenn draußen die Sonne strahlt, als wenn Hagel- und Schneeschauer an die Scheiben peitschen. Zum anderen hat sich recht schwerer Beratungsstoff angehäuft, der lange und hitzige Debatten erwarten läßt. So mußte man sogar diesmal darauf verzichten, die erste Sitzung mit kleineren Angelegenheiten auszufüllen, um sich erst einmal an die Arbeit wieder zu gewöhnen. Diesmal ging es gleich mitten hinein in den Kampf, den der Reichsfinanzminister mit einer großen Eitredede eröffnete. Der Inhalt dieser Rede gibt genug Stoff zu Debatten. Aber die Zeit drängt, und der Etat muß unter Dach und Fach, also heißt's schnell arbeiten!

Deutscher Reichstag.

162. Sitzung. Freitag, den 2. Mai 1930.

Das Plenum des Reichstages behandelte die erste Beratung des Reichshaushaltsplans für 1930. Sämtliche Minister hatten auf der Regierungsbank Platz genommen. Das Wort erhielt der Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer, der zunächst auf den immer wieder hinausgeschobenen Abschluß der Reparationsverhandlungen hinwies und damit die katastrophale Finanzlage des Reiches in Zusammenhang brachte. So sei der Fehlbetrag des Jahres 1929 auf über 360 Millionen Mark einzuschätzen. Der Minister sprach dann von der Sanierung der Reichskasse und von dem in Deutschland herrschenden Kapitalmangel. Eine Steuerentlastung sei das wichtigste Problem unserer künftigen Finanz- und Wirtschaftspolitik. Keine Regierung werde an dieser Frage vorbeigehen können. Das Fundament für das vom Reichstag gebilligte Finanzprogramm sei ein ausgeglichener Etat.

Nachdem die Deckungsvorlagen vor den Osterferien angenommen worden seien, müsse man die Steuerentlastung des Jahres 1931 als gesichert betrachten.

Mit Hilfe der Kreuzer-Anleihe und des Schuldenentlastungsfonds werde man im Jahre 1930 schwebende Schulden in Höhe von rund 1 Milliarde abdecken können. Der dann noch bleibende Restbetrag sei nicht mehr bedrohlich. Dem Reichstag werde demnächst ein Ermächtigungsgesetz für Maßnahmen zugehen, die die Kapitalversorgung der deutschen Wirtschaft erleichtern sollten. Der erste zur Verfügung stehende Betrag solle zur Senkung der von den Ländern und Gemeinden erhobenen Realsteuern dienen. Der endgültige Finanzausgleich müsse den beweglichen Faktor im Gemeindesteuersystem schaffen und die Befähigung der Aufsicht über die Finanzgebarung der Gemeinden durch Einführung obligatorischer Rechnungsführung durch eine von den Gemeinden unabhängige Stelle. Dann beschäftigte sich der Minister mit dem Etat. Auf der Ausgabe Seite, so sagte er, seien von der Konjunkturentwicklung besonders die Posten für Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge bedroht. Welche Maßnahmen man in dieser Hinsicht ergreifen werde, könne noch nicht gesagt werden. Man müsse aber solche Maßnahmen mit größter Beschleunigung durchführen. Das Ostprogramm werde den Etat-Ausgleich nicht gefährden.

„Das Ausmaß der Hilfe findet“, so äußerte sich Dr. Molkenhauer, „seine gegebene Grenze in der Notwendigkeit, den Etat gedeckt zu halten.“

Der Minister wies dann auf die Notwendigkeit der Umschulung, der Beförderung, der Lastenentlastung, der Verkehrsverbesserung, der Hebung der Arbeitslage und der Siedlung im deutschen Osten hin. Aus der großen Zahl der für die Ausgabenentlastung im Reich, in Ländern und Gemeinden beabsichtigten Maßnahmen erwähnte der Minister folgende Festlegung einer Höchstgrenze, über die hinaus die gesamten Ausgaben nicht steigen dürfen, Verminderung der Zahl der Reichsbehörden, Verringerung des Personalaufwandes, Einschränkung des Doppelempfanges an Gehältern und Pensionen, Angleichung der Befoldung im Reich, Ländern und Gemeinden. Daneben streifte der Minister das Problem der großen Reichsreform. Er schloß mit einem Appell an die Parteien, an der Ordnung des Etats- und Kassenwesens mitzuwirken.

Abgeordneter Vogel (Soz.) verzichtete, wie er einleitend in seiner Rede erklärte, auf eine zahlenmäßige Besprechung des Etats. Stattdessen beschäftigte er sich mit der innerpolitischen Lage und meinte, daß die bürgerlichen Parteien die bisherige Koalitionsfront zerbrechen hätten, damit die Entlastungen auf Grund des Young-Plans den bürgerlichen Parteien zugute kämen. Er erklärte, daß nur die Angst vor der Reichsauflösung die Verbindung unter den Regierungsparteien aufrecht erhalte.

Er richtete weiter heftige Angriffe gegen die Regierung Brünning und meinte, die heutige Rede des Reichsfinanzministers sei als ein Bekenntnis zum Abbau der Arbeitslosenversicherung, ja der ganzen Sozialversicherung zu werten. Das von vielen hinter der Regierung stehenden Parteien angestrebte Berufsständische Parlament sei in der Regierung Brünning schon verwirklicht. Jede Wirtschaftsgruppe vertritt ihre Sonderinteressen. Das Schicksal der Agrarprogramme werde im Lager der deutschen Bauernschaft scharf kritisiert. Ähnliches zeige sich in der Frage der Osthilfe.

Abg. Erling (Str.) wies die Angriffe gegen das Zentrum zurück und warf den Sozialdemokraten vor, daß sie in schwerster Zeit die politische Verantwortung den anderen Parteien überlassen hätten. Wenn die Sozialdemokratie den Versuch machen würde, verantwortungsbewußt die Dinge zu meistern, würden die radikalen Strömungen im Lande links und rechts nicht so stark werden. Die Schwierigkeiten, in denen man sich heute befinde, seien darin begründet, daß der Reichstag im vergangenen Jahr dem Sanierungsprogramm der Regierung nicht zugestimmt habe. Die Regierung Brünning habe diese Fragen in 14 Tagen bereinigt. Die sozialdemokratische Kritik an den Steuererhöhungen sei nicht ernst zu nehmen. In Berlin trügen die Sozialdemokraten die Verantwortung. Dort sprächen sie trotz der außerordentlich hohen indirekten Gemeindesteuern nicht von einer Auspowerung des Volkes. Für die Arbeitslosenfürsorge seien 435 Millionen in den Etat eingelegt. Da könne man nicht sagen, daß die Regierung für die Arbeitslosen kein Herz habe. Abg. Erling trat anschließend für die Beibehaltung des Ministeriums der befreiten Gebiete im ganzen Etatsjahr ein.

Abg. Torgler (Komm.) erklärte, daß die Politik des Kabinetts von Eugenberg diktiert werde. Der vorliegende Etat bringe nicht die angekündigten Erleichterungen, die nach der Verabschiedung des Young-Planes eintreten sollten.

Dr. Cremer (D. V. P.) betonte den Sozialdemokraten gegenüber, daß ein Teil der neuen Steuern noch vom vorigen Kabinetts bewilligt worden seien. Auch Finanzminister Dr. Hilfer-

